

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am
22.05.2002
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Vertreten)	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion Vertreterin für Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz (Vertreten)	CDU-Fraktion
Raabe, Peter Vertreter für Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried ab 18.57 Uhr - TOP Ö 7 - Drucksache-Nr. 2002/0176	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha (Entschuldigt fehlend)	Fraktion PETO
Scheige, Gerardo (Entschuldigt fehlend)	
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung

Müchler, Gerhard	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Frömmer, Martin	Verwaltung
Holtermann, Werner	Verwaltung
Peters, Kurt	Verwaltung
Berg, Annette	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Krämer, Guido	Verwaltung
Boldt, Günther Schriftführer	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:10 Uhr

Ende der Sitzung 21:31 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2002/0187 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung - öffentlicher Teil
- Ö 4. 2002/0192 Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des 'Schürefestes' am Sonntag, dem 07.07.2002
- Ö 5. 2002/0002 Altersteilzeit für Beamte und Beamtinnen gem. § 78 d Landesbeamten-gesetz NW (LBG NW)
- Ö 6. 2002/0174 Mitgliedschaft der Stadt bei Marke Monheim e.V.
- Ö 7. 2002/0176 Mitteilung
Optimierung des Dienstleistungsangebotes im Bürgerbüro
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 8. 2002/0173 Mitteilung
Finanzbericht 2001
- Ö 9. 2002/0194 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.05.2002
"Einrichtung einer RAA Stelle (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien)"
- Ö 10. Mündliche Mitteilungen
- Ö 11. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

NÖ 12.		Feststellung der Beschlussfähigkeit
NÖ 13.		Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
NÖ 14.	2002/0188	Mitteilung; Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil
NÖ 15.	2002/0190	Vertragsangelegenheit
NÖ 16.	2002/0175	Vertragsangelegenheit
NÖ 17.	2002/0180	Vertragsangelegenheit
NÖ 18.	2002/0184	Auftragsvergabe
NÖ 19.	2002/0182	Auftragsvergabe
NÖ 20.	2002/0185	Auftragsvergabe
NÖ 21.	2002/0186	Personalangelegenheit
NÖ 22.	2002/0141	Personalangelegenheit
NÖ 23.	2002/0193	Personalangelegenheit
NÖ 24.	2002/0170	Personalangelegenheit
NÖ 25.	2002/0195	Personalangelegenheit
NÖ 26.	2002/0168	Personalangelegenheit
NÖ 27.		Mündliche Mitteilungen
NÖ 28.		Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die 16.Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Bürgermeister erwähnt, dass die Angestellten einen Anspruch auf Altersteilzeit haben. Das sei gesetzlich fixiert. Bei den Beamten sei das anders. Das Landesbeamtengesetz sei hier offen. Die Verwaltung fügt hinzu, der wesentliche Unterschied bestehe darin, dass entsprechende Regelungen für Angestellte vom Arbeitsamt gefördert werden, so dass keine finanziellen Nachteile für die Stadt einzutreten drohen. Der Beamte habe zwar auch einen Rechtsanspruch, aber nur im Rahmen des Gesetzes. Darum müsse eine Regelung getroffen werden. Die Verwaltung habe deshalb diesen Vorschlag gemacht.

Aktuelle Anträge gebe es derzeit nicht. Antragsberechtigt seien alle Beamten und Beamtinnen, die bis zum 31.12.2009 das 55. Lebensjahr vollenden. Das wären z.Zt. ca. 20 - 25 Personen. Mit dem Beschluss erfolge zwar jetzt eine Festlegung, der Rat könne aber jederzeit einen anderen Beschluss fassen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass man dem Vorschlag der Verwaltung folgen werde. Er schlägt vor, dass dann, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, erneut darüber beraten werden könne. Im Augenblick gebiete die Haushaltslage nichts anderes, als das, was hier vorgeschlagen ist.

Nach weiterer Debatte stellt der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abweichend zur Verwaltungsvorlage den Antrag, dass von der Anwendung der Vorschriften zur Altersteilzeit für Beamte und Beamtinnen solange abgesehen wird, wie die Stadt Monheim am Rhein ein Haushaltssicherungskonzept fortschreibt.

Der Bürgermeister bemerkt, dass der inhaltlich weitergehende Antrag der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei. Deshalb lasse er auch darüber jetzt abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Von der Anwendung der Vorschrift zur Altersteilzeit für Beamte und Beamtinnen gem § 78 d Landesbeamtengesetz NW (LBG) wird abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Ö 6. 2002/0174 Mitgliedschaft der Stadt bei Marke Monheim e.V.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass die SPD der Vorlage zustimmen werde. Er weist darauf hin, dass der Verein insgesamt jedoch noch recht wenig Mitglieder hat. Daran müsse stark gearbeitet werden. Desweiteren sollte eine vernünftige mittelfristige Finanzplanung aufgestellt werden. Ein weiterer kritischer Punkt sei, dass die Person, die dort jetzt eingestellt worden ist, 50% von Arbeiten aus der Verwaltung wahrnimmt. Nach seiner Meinung sei das eine Privatisierung, die so nicht zulässig ist. Hier würde er um eine Erklärung bitten, wie das mit dem Personalrat vereinbart wurde, der dieser Maßnahme doch sicherlich nicht zugestimmt habe.

Der Bürgermeister erwidert, dass man zur mittelfristigen Finanzplanung die Zahlen und Daten in der Mitgliederversammlung vorgestellt habe. Falls gewünscht würde er sie aber gerne nochmals aushändigen. "Marke Monheim e.V." habe man so solide finanziert, dass man im Augenblick den überblickbaren Zeitraum von 2 Jahren abdecken könne und müsse. Danach müsse man sehen, wie man diesen Verein weiter entwickelt. Man sei jetzt auf Expansionskurs. Daher werde in den nächsten Wochen stark um die Mitgliedschaft geworben, zumal man jetzt auch die vernünftig formulierten Beitrittserklärungen habe. Hinsichtlich des Vorwurfes einer stillen Privatisierung sei zu sagen, dass dies in der Vorlage missverständlich sei. Die Kräfte im Verein "Marke Monheim e.V." machen vorwiegend Touristeninformation, Organisation von

Stadtrundfahrten und Stadtführungen, darüber hinaus NRW-Ticketing und demnächst wohl auch Bahn-Ticketing. Man habe z.Zt. beim NRW-Ticketing noch ein Überschneidungsfeld mit der Stadtbücherei, aber doch keine stille Privatisierung. Daran sei auch nicht gedacht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, er habe es als Bürger positiv aufgenommen, dass jetzt auch Stadtführungen möglich sind. Zu der Stelle fragt er, ob es sich um eine Befristung handelt, was der Grund für die 50%ige Förderung ist und wie lange die Förderung läuft.

Der Bürgermeister erwidert, dass der Vertrag mit der eingestellten Kraft unbefristet ist. Der Förderungsgrund ist Arbeitslosigkeit im Alter über 50 Jahre, die Förderungsdauer durch das Arbeitsamt beträgt 2 Jahre. Die Verwaltung fügt hinzu, dass nichts vertuscht und ein Mitbestimmungssachverhalt für den Personalrat gar nicht geschaffen worden ist.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, ob die Finanzierung der Vereinsräume aus Mitteln der TeleBell erfolgt, so wie es im Protokoll der letzten Sitzung erwähnt sei. Der Bürgermeister entgegnet, dass die TeleBell nach nochmaligen Verhandlungen einen Spendenbeitrag in Höhe von 80.000,- € geleistet habe. In Verbindung mit der Einnahmesituation der "Marke Monheim e.V." ist das Thema abgesichert. Mit dem Verein "Marke Monheim e.V." schaffe man ein Gremium, das den städtischen Kulturetat entlastet.

Auf die Frage eines Sprechers der SPD-Fraktion, ob geprüft sei, dass die Spenden nicht als verdeckte Gewinnausschüttung angesehen werden, erwidert der Bürgermeister, dass dies geschehen sei. Eine verdeckte Gewinnausschüttung habe man immer dann, wenn eine Zahlung ohne Rechtsgrund erfolge. Der Rechtsgrund für die Zahlung der Sponsoringbeiträge gerade für die städtischen Töchter ist ein Sponsoringvertrag. Zudem gebe es aber auch Allgemeinspenden von natürlichen Personen oder von Firmen, die einfach etwas Gutes für die Stadt tun wollen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion beantragt Ende der Debatte und Abstimmung über die Mitgliedschaft.

Der Ausschuss beschließt:

Die Stadt wird Mitglied beim Verein Marke Monheim e.V. Für das Jahr 2002 wird ein Mitgliedsbeitrag von 1000,- Euro gezahlt. Über die Höhe des Zuschusses im Jahr 2003 wird im Rahmen der Haushaltsplanung entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 7. 2002/0176 Mitteilung Optimierung des Dienstleistungsangebotes im Bürgerbüro

Die Mitteilung der Verwaltung wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Von den Fraktionen wird ausdrücklich - mit Ausnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die eine Samstagsöffnung des Bürgerbüros einschließlich eines Probetriebes aus personellen Gründen ablehnen - darauf hingewiesen, dass die Haltung des Personalrates, der seine Zustimmung zur Fortführung des Betriebs des Bürgerbüros Baumberg und zur Öffnung des Bürgerbüros an Samstagen, im letzten Fall ohne Begründung, verweigert, im Interesse der Bürger nicht nachvollziehbar ist und daher nicht geteilt wird.

Monheim am Rhein anzusiedeln für den Südkreis und die entsprechenden Mittel beim Land rechtzeitig vor dem 30.06.2002 zu beantragen."

Der Bürgermeister führt aus, dass am 13.06.2002 der nächste Jugendhilfeausschuss und am 27.06.2002 der nächste Haupt- und Finanzausschuss stattfindet. Die Verwaltung sehe sich sicherlich im Stande, bis dahin alle erheblichen Zahlen und Daten und das rechtliche Material aufzubereiten, so dass dann eine vernünftig aufbereitete Vorlage geliefert werden könne.

Eine Sprecherin der CDU-Fraktion äußert, dass ohne den Fachausschuss keine Entscheidung getroffen werden könne. Man würde es daher begrüßen, wenn die Verwaltung Zahlen und Daten liefern würde, so dass man dann im Jugendhilfeausschuss darüber diskutieren könne.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, sich als Antragsteller dem Vorschlag der Vorsitzenden der SPD-Fraktion anschließen zu können. Die ganze Sache müsse natürlich unter dem Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Wegen der Fristsetzung müsse allerdings die Verwaltung das Thema umfassend geprüft haben.

Der Bürgermeister ist der Auffassung, den Antrag zu vertagen mit dem Versprechen, dass die Verwaltung bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine umfassende Darstellung der Fakten liefert. Das wäre wohl der richtige Weg an dieser Stelle.

Der Ausschuss beschließt:

Unter Einbeziehung des Vorschlages der Vorsitzenden der SPD-Fraktion erhält die Verwaltung den Auftrag, das Thema bis zum 13.06.2002 aufzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. Mündliche Mitteilungen

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen.

Ö 11. Mündliche Anfragen

Ö 11.1 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Rats- herr Dr. Müller; "Rundwanderweg Monbag-See"

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion führt aus, dass in der letzten Zeit am Monbag-See viele Veränderungen geschehen sind. Soweit er sich entsinnen könne, sei dort eine Planung angedacht, einen Rundwanderweg mit Aussichtsplattform anzulegen. Er fragt, ob es in diese Richtung konkretere Arbeiten gebe.

Der Bürgermeister erwidert, dass es dort in der Tat Planungen und auch Gespräche gebe. Zu einer der nächsten Sitzungen werde man in Abstimmung mit den Naturschutzverbänden eine Lösung aufzeigen. Wie die genau aussehen werde, sei noch offen. Es gebe verschiedene Varianten.

Ö 11.2 Mündliche Anfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau Hengsberger; "Karstadtgebäude"

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, in den letzten Tagen sei im Zusammenhang mit der Vorstellung des Standortgutachtens in der Presse zu lesen gewesen, dass für das ehemalige Karstadtgebäude nicht nur die Firma Famila im Gespräch ist, sondern noch eine zweite Firma. Sie sei davon überrascht, weil sie davon ausgegangen war, dass die Unterzeichnung mit der Firma Famila kurzfristig ansteht. Sie fragt, ob die Firma Famila in Frage gestellt sei.

Der Bürgermeister entgegnet, der Sachstand sei so, dass die Firma Famila einen Kaufvertrag mit der Karstadt AG in Essen abgeschlossen habe. Dieser Kaufvertrag enthalte gewisse Bedingungen und Befristungen. Z.Zt. sei es so, dass Famila verbindliche Zahlungsverpflichtungen habe. Ohne weiteres komme die Firma aus dem Kaufvertrag nicht mehr heraus. Die Regelung sehe vor, dass bis zum 31.12.2002 die eigentumsrechtlichen Fragestellungen für das Gesamtkonzept Famila geklärt sein müssen. 196 Eigentumsanteile müssen ihre Zustimmung geben, um das Konzept Famila zu tragen. Zum heutigen Tage habe man noch 8 Eigentumsanteile, die man noch zur Zustimmung bewegen müsse. Das ganze sei ein schwieriges Geschäft. Von daher stehe man auf zwei Beinen besser. Die Firma Kaufland könne sich durchaus vorstellen, in den Kaufvertrag von der Firma Famila sehr schnell einzusteigen. Das Konzept sehe anders aus als bei der Firma Famila. Der Vorteil bei dem Konzept der Firma Kaufland sei, dass die in Rede stehende Sondereigentumsfläche, wofür man die Unterschriften der gesamten Eigentümer brauche, nicht benötigt werde. Ein Nachteil sei nur, da das alte Gebäude abgerissen werden soll, eine um ein halbes Jahr längere Bauzeit. Die Entwicklung müsse abgewartet werden.

**Ö 11.3 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD);
"Vermessungsarbeiten Kleingartenanlage Auf der Heide"**

Ratsherr Nieswand äußert, dass in der Kleingartenanlage "Auf der Heide" in der letzten Zeit Vermessungsarbeiten durchgeführt wurden. Er fragt, mit welchem Ziel dies geschehen sei. Die Verwaltung teilt mit, man bereite die kartografische Grundlage für den Bebauungsplan vor. Der Aufstellungsbeschluss dazu sei im letzten Fachausschuss gewesen.

**Ö 11.4 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen, Ratsherr Pruin;
"Historischer Rundweg und Faltblatt"**

Ratsherr Pruin äußert, dass der Rat im Jahre 1999 im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossen habe, einen geführten historischen Rundweg in der Stadt anzulegen und ein kleines Faltblatt dazu herauszugeben. Die Mittel dazu seien ja im Rahmen der Haushaltsberatungen bewilligt worden. Er fragt, ob es noch zu erwarten ist, dass der Ratsbeschluss doch noch umgesetzt wird.

Vom Bürgermeister wird dies in extensiver Auslegung der Anfrage bejaht. In den nächsten Tagen werde in einer Stückzahl von 100.000 Exemplaren zunächst das EUROGA-Gelände kartografisch mit Beschreibungen dargestellt und verteilt. Darüber hinaus werde es von der "Marke Monheim e.V." zwei weitere Projekte geben. Das eine sei der Monheimer Fahrradpass. Das dritte Projekt, das man aber zeitlich noch etwas geschoben habe, sei dann diese umfassende Variante, die seinerzeit beschlossen wurde. Dazu brauche man in der Tat aber noch etwas Zeit. Zunächst sollen die ersten beiden Projekte abgearbeitet werden. Das sei der Sachstand und die Beschlusslage des "Marke Monheim e.V.-Vorstandes.

Ratsherr Pruin entgegnet, dass ein Ratsbeschluss vorliegt und dieser umgesetzt werden müsse. Er möchte daher ein kleines Konzept sehen für einen historischen Rundwanderweg mit einer entsprechenden Beschilderung. Der Bürgermeister entgegnet, den Beschluss aufzugreifen und umzusetzen und bis zur Ratssitzung eine entsprechende schriftliche Mitteilung zu fertigen.